

Wahlprüfsteine der Deutschen Zöliakie Gesellschaft e.V. zur hessischen Landtagswahl am 8.10.2023

Antwort von DIE LINKE. Hessen

1. Sind Ihnen das Krankheitsbild der Autoimmunkrankheit Zöliakie bzw. die Situation zöliakiebetreffener Menschen in Hessen vertraut?

Selbstverständlich sind der LINKEN Zöliakie und die Situation der davon betroffenen Menschen vertraut, sei es aus dem persönlichen Umfeld oder auch aus fachlichem Blickwinkel. Ein Leben mit Zöliakie stellt hohe Herausforderungen an die Betroffenen, insbesondere bei der glutenfreien Ernährung, und verlangt entsprechende Disziplin. Wir haben großen Respekt vor allen Menschen, die tagtäglich ihr Leben trotz dieser Herausforderungen meistern.

2. Zöliakiebetreffene müssen lebenslang eine strikt glutenfreie Diät einhalten, die erheblich teuer ist als herkömmliche Lebensmittel. Der Bundesfinanzhof hat ein Abzugsverbot für zusätzliche Aufwendungen für die Diät bestätigt. Welche Möglichkeiten einer finanziellen Entlastung Betroffener sehen Sie?

Auch hier zeigt sich deutlich, dass Gesundheit in unserem Land immer auch eine soziale Frage ist. So sind uns beispielsweise Fälle bekannt, in denen Jobcenter - trotz der Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Gewährung eines Mehrbedarfs für kostenaufwändige Ernährung von 20 Prozent bei Zöliakie - Mehrbedarfe zunächst verneinen. Dieses Beispiel zeigt, dass mangelndes Bewusstsein über die tatsächlichen Mehrkosten an vielen Stellen auch weiterhin herrscht und insbesondere Menschen mit niedrigen Einkommen vor große Probleme stellt. In dieses Muster passt auch das erwähnte Urteil des Bundesfinanzhofes. Es ist nicht hinnehmbar, dass Medikamente steuerrechtlich abzugsfähig sind, eine wirksame Diät-Alternative jedoch nicht. Besonders vor dem Hintergrund, dass eine medikamentöse Behandlung als Option für Menschen mit Zöliakie überhaupt nicht existiert. DIE LINKE unterstützt vor diesem Hintergrund eine Reform des §33 Einkommenssteuergesetz auf Bundesebene.

3. Trotz der hohen Zahl der Zöliakiebetreffenen und der Schwere der Krankheit ist sie nicht standardisierter Bestandteil der ärztlichen Aus- und Weiterbildung. Was wollen sie tun, um das zu ändern?

(Fach-)Ärztliches Wissen muss einer ständigen Fortentwicklung unterliegen, dies betrifft ebenso die ärztliche Aus- und Weiterbildung. Hier hat die Landesebene allerdings nur einen sehr begrenzten Einfluss. Aus Sicht der LINKEN ist jedoch nicht nur die Berufsgruppe der Ärztinnen und Ärzte wichtig. Eine Stärkung und höhere Wertschätzung brauchen auch die therapeutischen Heilberufe, etwa bezüglich der Zöliakie die Diätassistentinnen und -assistenten. Die hohe Fachlichkeit der Heilmittelerbringenden muss anerkannt und dem ärztlichen Rat gleichberechtigt zur Seite gestellt werden. Auch das kann dazu beitragen Versorgungsfehler zu vermeiden.

4. Wie wollen Sie erreichen, dass jede Patientin und jeder Patient die Gesundheitsversorgung laut Zöliakie-Leitlinie (Diagnose, qualifizierte Ernährungsberatung, Kontrolluntersuchungen) erhält, die für ihn notwendig ist? Auch auf dem Land, zeitnah und barrierefrei?

Eine funktionierende gesundheitliche Versorgungsstruktur ist in Hessen nicht nur mit Blick auf Zöliakie gefährdet. Deshalb hat unsere Landtagsfraktion bereits 2020 mit dem [„Gesundheitsplan für Hessen“](#) ein umfassendes Strategiepapier zur Sicherung der Versorgungslandschaft vorgelegt. Zentraler Bestandteil unseres Konzeptes sind flächendeckende kommunale Gesundheitszentren für die ambulante Versorgung, die Allgemein- und Fachmedizin ebenso bündeln sollen wie Heilberufe, Labore, Apotheken, Prävention und Rehabilitation, Pflegeberatung und weitere lokale Bedarfe. Die Gesundheitszentren sollen in kommunaler Verantwortung oder als Genossenschaften geführt sein. Sie würden gerade für junge Medizinerinnen und Mediziner, die die Niederlassung scheuen und gern im Team arbeiten wollen, ein attraktives Angebot im ländlichen Raum darstellen.

Diese grundsätzlichen Verbesserungen der Versorgungslage erlauben durch ihren fachlich übergreifenden Charakter auch eine bessere Versorgung von Menschen mit Zöliakie.

5. Häufig müssen zöliakieerkrankte Kinder in der Ganztagesbetreuung eigenes Essen mitbringen, weil Schulträger nicht verpflichtet sind, sicher glutenfreie Mahlzeiten anzubieten. Das führt zu Ausgrenzungserfahrung. Welche Abhilfemöglichkeiten sehen Sie hier?

Das ist aus Sicht der LINKEN ein nicht haltbarer Zustand. Schon lange legen die Empfehlungen der DGE zur Schulverpflegung fest, dass Selbstverpflegung nur in absoluten Ausnahmefällen erfolgen soll. Es sollte deshalb zum Standard werden, dass für Schülerinnen und Schüler mit Allergien oder Unverträglichkeiten ein eigenständiges Angebot oder eine individuelle Zusammenstellung erfolgt. Als LINKE plädieren wir auch weiterhin für das Kochen vor Ort in Kitas und Schulen, insbesondere aus Gründen der Frische und Qualität der Speisen. Wird vor Ort gekocht, können aber auch Allergien und Unverträglichkeiten besser berücksichtigt werden.

6. Es gibt bisher keinen standardisierten Ausbildungsinhalt für Berufe, die täglich mit der glutenfreien Ernährung bei Zöliakie in Berührung kommen, z. B. bei Köchen, Ernährungsfachkräften, Kita, Pflegepersonal. Wie kann das geändert werden?

Auch hier muss insbesondere im Weiterbildungssegment das entsprechende Angebot und die Sensibilität für dieses und verwandte Themen geschaffen werden. Wie auch bei den Ärztinnen und Ärzten ist eine direkte politische Beeinflussung von Ausbildungsinhalten nur sehr begrenzt möglich. Das Land Hessen kann und sollte, vergleichbar zu den Gesundheitsfachkräften an Schulen, auch in anderen Gemeinschaftseinrichtungen (Kita, Pflegeeinrichtungen, Einrichtungen der Eingliederungshilfe etc.) über entsprechende Förderprogramme Fachkräfte etablieren, die dann als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ihr Wissen an das weitere Personal transferieren.

7. Wie wollen Sie erreichen, dass die gesetzlich verankerte Allergenkennzeichnungspflicht in Gastronomiebetrieben/Gemeinschaftsverpflegung (Kita, Schule, Kantinen, Krankenhaus, Reha-Einrichtungen, Senioreneinrichtungen, Behindertenwerkstätten) tatsächlich überprüft und eingehalten wird?

Für die genannten Kontrollen sind je nach Themenbereich die Ordnungsbehörden der Kommunen oder auch die kommunalen Gesundheitsämter zuständig. Diese sind leider oftmals chronisch unterbesetzt, so wie die Kommunen chronisch unterfinanziert. Deshalb fordern wir als LINKE schon lange eine deutlich verbesserte Landesfinanzierung für die Kommunen, damit diese den von Ihnen genannten und vielen weiteren Aufgaben endlich gerecht werden können.